

# ANTRAG

*Gremium:* *Landesausschuss*

*Beschlussdatum:* *20.09.2025*

*Tagesordnungspunkt:* *TOP 06 Antragsberatung*

## A1: JuLeiCa-Teilnahmebeitrag

1 Der Landesverband Baden-Württemberg führt regelmäßig JuLeiCa Schulungen für die  
2 Fortbildung und Professionalisierung der Ehrenamtlichen, die für die Falken  
3 pädagogische Verantwortung übernehmen, durch.

4 Für diese Schulungen wird in Zukunft ein Teilnahmebeitrag erhoben, wie dies für  
5 andere Seminare und Ähnliches bereits der Fall ist. Genoss\*innen, denen es  
6 finanziell nicht möglich ist, den Teilnahmebeitrag in Teil oder Gänze zu zahlen,  
7 wird die Teilnahme weiterhin ermöglicht, wie dies bei allen anderen Maßnahmen  
8 des Landesverbands der Fall ist.

# ANTRAG

*Gremium:* *Landesausschuss*

*Beschlussdatum:* *20.09.2025*

*Tagesordnungspunkt:* *TOP 06 Antragsberatung*

## A2: Gegen die Kriegstüchtigkeit: Auch wir wollen nicht für Deutschland kämpfen

1 Wer sich gegen Krieg, Aufrüstung, die Wiedereinführung der Wehrpflicht, kurz:  
2 den erstarkenden Militarismus in der deutschen Gesellschaft ausspricht, hat  
3 momentan wenig zu lachen. In Talkshows wie im Privaten scheint immer klar zu  
4 sein: Wer gegen die gewaltvolle Durchsetzung deutscher Interessen in der Welt  
5 etwas vorzubringen hat, der ist der eigentliche Feind.

6 Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird inzwischen selbst bis in die Reihen  
7 von SPD und Grünen hinein gefordert und als Notwendigkeit dargestellt. Der  
8 Bundestag hat jüngst - nachdem bereits 2022 das größte Aufrüstungspaket nach dem  
9 zweiten Weltkrieg in Höhe von 100 Milliarden beschlossen wurde - noch einmal  
10 nachgelegt: Ab sofort sind Militärausgaben, die 1% des BIP übersteigen für immer  
11 von der Schuldenbremse ausgenommen. Das heißt nichts anderes als, dass eine  
12 zynische linke Binsenweisheit jetzt staatliche Rechtslage ist: Für die Rüstung  
13 ist immer Geld da, uns setzen sie die Schuldenbremse vor.

14 Immer öfter sind es auch Teile der linken Szene, die in die Rufe nach  
15 Wehrhaftigkeit Deutschlands im "Kampf gegen den Faschismus" und zur  
16 „Verteidigung von Demokratie und Freiheit“ mit einstimmen.

17 In einer allgemeinen Aufrüstungseuphorie haben wir uns als Verband immer als  
18 eine von wenigen antimilitaristischen Stimmen in die Debatte eingebracht.  
19 Besonders im Rahmen des Ukrainekriegs haben wir nach kontroverser Diskussion  
20 Beschlüsse gefasst, die klargemacht haben, dass es eine sozialistische  
21 Perspektive auf Konflikte gibt, die das Verheizen von Menschen für die  
22 Interessen der jeweiligen Staaten kritisieren kann, ohne sich dabei parteiisch  
23 auf die Seite irgendeines Staates zu stellen. Diese Haltung bekräftigen wir ein

24 weiteres Mal.

25 *“Wir brauchen all eure Klugheit.”*

26 Die erste und banalste Wahrheit über Kriege ist die relevanteste: Im Krieg wird  
27 getötet und gestorben.

28 Allein diese Tatsache könnte ausreichen für eine Gegnerschaft zu Krieg und  
29 Militarisierung. Wir wollen eine bessere Welt für alle Menschen erkämpfen. Wir  
30 sind überzeugt davon, dass wir um ein besseres Leben zu schaffen die Kreativität  
31 und das Können aller Menschen unserer Klasse brauchen. Der Krieg ist überdies  
32 eine unglaubliche Verschwendungen menschlicher Arbeitskraft, die für so viel  
33 besseres eingesetzt werden könnte, und trägt im erheblichen Maß zur  
34 voranschreitenden Zerstörung unseres Planeten durch immer “wirkungsvollere” und  
35 “effizientere” Waffensysteme bei.

36 Gegen das Sterben- und Töten-müssen unserer potentiellen Genoss\*innen, gegen die  
37 Verrohung und Zerstörung, dagegen wollen wir uns wehren.

38 *Warum gibt es überhaupt Krieg?*

39 Kriege auf deutschem Staatsgebiet kennen wir zwar aus eigener Erfahrung nicht  
40 mehr, jedoch sind Kriege in der Welt keineswegs eine Seltenheit. Das verwundert  
41 uns auch nicht, denn wir wissen, dass Kriege in der kapitalistisch organisierten  
42 Welt von Nationalstaaten strukturell angelegt sind:

43 Der bürgerliche Staat ist zum Erhalt seines Machtanspruches auf kapitalistisches  
44 Wachstum angewiesen. Er tritt also als ideeller Gesamtkapitalist für den Erfolg  
45 der kapitalistischen Wirtschaftsweise an sich ein. Da kapitalistisches Wachstum  
46 nicht an staatlichen Grenzen Halt macht, hat der Staat ein Interesse daran, das  
47 Staatsgebiet eines anderen Souveräns für seine Kapitalistenklasse und deren  
48 Wachstum zugänglich zu machen. Dies lässt sich oft erreichen mit Diplomatie  
49 und/oder dem Abschluss von Handelsverträgen. Durch solche Handelsverträge  
50 beispielsweise macht sich der Staat ihm fremdes, einem anderen Staat gehöriges,  
51 Gebiet für das eigene kapitalistische Wachstum nutzbar.

52 Doch immer wieder kommt es dazu, dass der andere die Nutzbarmachung nicht oder  
53 nicht mehr hinnehmen will. Dann steht der direkte Gewaltvergleich der souveränen  
54 Staaten untereinander an, für den sie die Ressourcen nutzen, die ihnen zur  
55 Verfügung stehen: Geld und Menschen.

56 Dieses Interesse von Staaten – die Durchsetzung kapitalistischen Wachstums zum  
57 eigenen Machterhalt – ist die Ursache des Kriegs.

58 Im Krieg geht es nicht um die Verteidigung von Familie, Freunden, dem eigenen  
59 Leben, der Heimat oder eigenen Idealen. Im Krieg geht es um die Frage der  
60 Durchsetzung der Herrschaftsansprüche kapitalistischer Nationalstaaten  
61 gegeneinander. Und dafür werden Soldat\*innen verheizt, Zivilist\*innen getötet,  
62 Infrastruktur zerstört und Landschaften zerbombt. Der einzelne Mensch tritt  
63 nicht mehr als Individuum, sondern nur noch als Material in den  
64 Kriegskalkulationen seines jeweiligen Staates auf. Der Widerspruch zwischen  
65 Staat und Bevölkerung tritt so deutlich zutage wie selten: Die eine Seite will  
66 überleben, die andere Seite das Leben der eigenen Bevölkerung zur Verteidigung  
67 staatlicher Herrschaftsansprüche einsetzen.

68 Dafür wollen wir uns nicht hergeben, werden physisch noch ideologisch.

69 *Lasst die hohen Herr'n sich selber schlagen*

70 Diese Gesellschaft ist nicht für uns eingerichtet. Kinderarmut,  
71 Wohnungslosigkeit, Kürzungen in der Jugendarbeit und die Sanktionierung von  
72 Bürgergeldempfänger\*innen fallen nicht einfach vom Himmel, sondern sind Produkt  
73 der Art und Weise, wie hier produziert wird: Eben nicht für die Bedürfnisse der  
74 Menschen, sondern für die Vermehrung von Kapital. Als sozialistischer Verband  
75 ist dieser Fakt für uns nichts neues, wir wollen ihn an dieser Stelle aber  
76 nochmal festgehalten: Warum für eine Gesellschaft sterben und töten, die nicht  
77 die unsere ist?

78 Der liberale Einwand dagegen ist einfach: „Mag sein, dass diese Gesellschaft  
79 nicht perfekt ist - aber in diesem Land herrscht wenigstens Demokratie“. Das ist  
80 erstmal richtig, trotzdem taugt dieser Fakt noch lang nicht als Grund, sich für  
81 diese Gesellschaft totschießen zu lassen. Denn diese Demokratie ist eben auch  
82 eine Herrschaftsform, der Gewalt ebenso wenig fremd ist, wie einer Diktatur. Wir  
83 wissen selbst am besten, dass Linke nicht auf den Faschismus warten müssen, um  
84 nicht mehr sagen zu dürfen, was sie denken, mit Berufsverboten belegt zu werden  
85 oder in den Knast geworfen zu werden. Die bürgerlichen Freiheiten dieser  
86 Gesellschaft gelten genau so lange, wie eine Linke nicht zu einer existenziellen  
87 Bedrohung für den Herrschaftsanspruch des Staates und seine erfolgreiche  
88 kapitalistische Wirtschaftsweise wird.

89 Und für diese Gesellschaft, für diese staatlichen Zwecke wollen wir eben nicht  
90 zur Waffe greifen. Wir können im Krieg nur verlieren, im schlimmsten Fall unser  
91 Leben.

92        *Deutsche Waffen ...*

93        Auf Basis dieser Analyse wollen wir uns jetzt der BRD zuwenden: Was heißt das  
94        für uns konkret?

95        Der deutsche Staat organisiert die Absicherung seines Herrschaftsanspruchs nach  
96        innen wie nach außen auf zwei Arten: Zum einen leistet er sich eine dauerhafte  
97        Armee, die Bundeswehr, zum anderen ist er Mitglied in der NATO.

98        Die Bundeswehr wird aktuell hochgerüstet um die deutsche Gesellschaft  
99        „kriegsfähig“ zu machen. Wir lehnen diese Kriegsfähigkeit und jede  
100        Militarisierung der Gesellschaft ab. Wir wollen keine Bundeswehr in den Schulen,  
101        auf Ausbildungsmessen oder auf Social-Media. Wir positionieren uns klar gegen  
102        das Geraune nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht. Unser Ziel ist auch keine  
103        Bundeswehr „die nur zur Landesverteidigung fähig ist“, wie sie die Linkspartei  
104        fordert – wir wollen gar keine Bundeswehr mehr.

105        Dabei ist uns bewusst, dass Armeen aktuell von Staaten sehr wohl gebraucht  
106        werden um sich in der internationalen Konkurrenz im Zweifel militärisch  
107        durchsetzen und behaupten zu können. Das ist aber kein Argument für die  
108        Notwendigkeit von Armeen, sondern eines gegen die Perversion dieser  
109        Gesellschaft.

110        Die NATO ist ein Militärbündnis von nordatlantischen Staaten, das gegründet  
111        wurde um den Hegemonieanspruch des kapitalistischen Westens gegen den Ostblock  
112        durchzusetzen. Auch mit dem Zusammenbruch des Ostblocks besteht dieses Ziel der  
113        Durchsetzung kapitalistischer Interessen gegen alle Staaten, die sich nicht der  
114        Hegemonie des Westens beugen wollen in einem zivilen, wie auch explizit in einem  
115        militärischen Sinne weiterhin. Im Wissen darum, dass das Verheizen lassen für  
116        den Kapitalismus auch nicht besser wird, wenn man sich anstatt für einen  
117        einzelnen gleich für ein ganzes Bündnis aus Staaten verheizen lässt, lehnen wir  
118        auch die NATO ab.

119        Aus all diesen Gründen wollen wir nicht für Deutschland in den Krieg ziehen. Wir  
120        sind überzeugt davon, dass wir, um ein besseres Leben zu schaffen die  
121        Kreativität und das Können aller Menschen unserer Klasse brauchen. Darum heißt  
122        unsere Parole auch nach über 120 Jahren weiterhin: Nie, nie wollen wir Waffen  
123        tragen! Hoch die internationale Solidarität!

# ANTRAG

*Gremium:* *Landesausschuss*

*Beschlussdatum:* *20.09.2025*

*Tagesordnungspunkt:* *TOP 06 Antragsberatung*

## A3: Unterstützung der großen Friedensdemonstration am 3. Oktober

1 Der Landesverband unterstützt die große „Die Waffen nieder - Nie wieder Krieg“  
2 Demonstration am 3. Oktober in Stuttgart und explizit auch den geplanten  
3 Jugendblock. Gerade in Zeiten zunehmender Militarisierung finden wir es  
4 wichtig sich mit anderen Organisationen zusammenzutun, zu vernetzen und  
5 auszutauschen, vor allem, da wir im Moment positive Beispiele solcher Vernetzung  
6 in anderen Städten und Bundesländern beobachten können. Zur Demonstration und  
7 dem Jugendblock soll beispielsweise auf den sozialen Medien durch unsere  
8 Accounts mobilisiert werden.

# ANTRAG

*Gremium:* *Landesausschuss*

*Beschlussdatum:* *20.09.2025*

*Tagesordnungspunkt:* *TOP 06 Antragsberatung*

## A4: PSG-Schulungen vor Maßnahmen & Zuständigkeit

1 Der Landesverband organisiert jährlich ein Tagesseminar zur Prävention  
2 sexualisierter Gewalt auf Maßnahmen des Verbandes, das sich an alle richtet, die  
3 PSG-Verantwortung bei Veranstaltungen in den Gliederungen oder auf Landesebene  
4 übernehmen oder übernehmen wollen. Dieses Seminar wird von den PSG-  
5 Ansprechpersonen mit Unterstützung von Landesvorstand und Büro geplant und  
6 durchgeführt.

7 Darüber hinaus wird darauf geachtet, dass PSG-Verantwortung nach Möglichkeit  
8 nicht von Personen übernommen wird, die im geschäftsführenden Landesvorstand  
9 sind oder bei der Maßnahme Leitungsverantwortung tragen, um Doppelrollen und  
10 Überlastung zu vermeiden.

# ANTRAG

Gremium: *Landesausschuss*

Beschlussdatum: *20.09.2025*

Tagesordnungspunkt: *TOP 06 Antragsberatung*

## A5: Öffentlichkeitsarbeit

1 In unserer Öffentlichkeitsarbeit werden Politiker\*innen, Parteien, Verbände und  
2 Organisationen, die Politik gegen uns machen oder vertreten, nicht positiv und  
3 nicht ohne Kritik repräsentiert.

4 Unter „Politik gegen uns“ verstehen wir insbesondere aber nicht ausschließlich  
5 Unterstützung und Aussprache für:

- 6 • Wehrpflicht
- 7 • Abschiebungen
- 8 • Kürzungen von Sozialleistungen

# ANTRAG

*Gremium:* *Landesausschuss*

*Beschlussdatum:* *20.09.2025*

*Tagesordnungspunkt:* *TOP 06 Antragsberatung*

## A6: Finanzbericht

1 Auf zukünftigen Landesverbandsgremien LaKo LA soll mind einmal im Jahr ein  
2 Finanzbericht vorgelegt werden aus dem verständlich die allgemeine  
3 Finanzsituation des Verbandes hervorgeht sowie worauf diese zurückzuführen ist.  
4 Zur Finanzierung von Maßnahmen von Ortsgruppen unterstützt das Büro gerne auf  
5 Nachfrage.